

Epilog: Das „Gesamtkunstwerk“ der Alterssicherungskommission -

Die Renten-Konterreform geht weiter!

Die Rentenkommission soll ja bekanntlich mit ihren 33 Empfehlungen ein „Gesamtkunstwerk“ vorgelegt haben. ⁽⁰¹⁾ So jedenfalls die gemeinsam vorgetragene Lobeshymne von Kanzler Merz und Sozialministerin Baas, die versprochen, es 1:1 umzusetzen. Die konzertierte Medienwelt, die bestbezahlten Rentenexperten und die Regierungspolitiker, die allesamt mit Renten nichts zu tun haben, pflichten ihnen bei. Sie bewundern das Gesamtkunstwerk und fordern unisono schnelle Umsetzung.

Der Souverän, das Wahlvolk, die Betroffenen, spielte/n in dem absurden Polittheater keinerlei Rolle. Die von der Regierung handverlesenen Experten übten Konsens untereinander und schufen eher ein Horrorgemälde für die jetzigen und die späteren Rentnerinnen und Rentner. ⁽⁰²⁾

Eine kurze Auflistung der empfohlenen Konter-Reformen, die am 23. Juni 2026 veröffentlicht wurden:

- Obligatorische **Abführung von Beiträgen für die Aktienrente in der gesetzlichen Rentenversicherung**. Zusätzlich zum Umlagebeitrag sollen 2% für die Anlage in Altersvorsorgedepots gezahlt werden.
- **Die Alten sollen gefälligst länger arbeiten**. Dazu gibt es ein regelrechtes Empfehlungspaket. Alle Punkte laufen darauf hinaus, die Rentenbezugsdauer zu kürzen, die Abschläge zu erhöhen und in der Folge mehr Menschen in die Erwerbsminderungsrente abzuschieben oder früher sterben zu lassen. Konkrete „Empfehlungen“:

Verlängerung der Lebensarbeitszeit in Richtung 70 Jahre. Ende der abschlagsfreien Frühverrentung nach 45 Versicherungsjahren. Altersgrenze für die Rente für langjährig Versicherte von 63 auf 64 Jahre erhöhen. Regelmäßige Überprüfung des Kürzungsfaktors bei frühzeitigem Rentenbeginn (sprich Erhöhung der gegenwärtigen 0,3% je Monat).

- **Weitere und schnellere Verringerung des Rentenniveaus** durch Verstärkung des Nachhaltigkeitsfaktors. Die Dämpfungformel soll ab 2031 wieder zur vollen Geltung kommen.
- **Ablösung der Witwen-/Witwerrente durch Rentensplitting**.
- **Abschaffung der Mini- und Midi-Jobs**. Folge soll die volle Beitragslast auf die entsprechenden Niedrigstlöhne sein.
- **Abschaffung der Altersteilzeit im Blockmodell**.

Ansonsten die üblichen Evergreens: Bürokratieabbau, DRV bürgernäher machen, Doppelstrukturen vermeiden, Transparenz herstellen, ...

Die medialen Claqueure jubeln wieder einmal über eine bevorstehende „Renten-Revolution“ (Handelsblatt) und das seien „gute Nachrichten für Millionen Beschäftigte“ (Bild-Zeitung). Das ist starker Tobak.

Denn „Revolution“ und „gute Nachrichten“ bestehen in einer weiteren Demontage der umlagefinanzierten Rente zugunsten der Geschäfte des Finanzkapitals und in weiteren Kürzungen bei den Rentenleistungen. 2001 wurde das „Drei Säulen Modell“ aus der Taufe gehoben. Betriebsrenten und private Altersvorsorge wurden direkt in die Fänge von Versicherungen, Banken und Vermögensverwaltern gegeben. Die gesetzliche Rentenversicherung wurde zwar enorm geschwächt, blieb aber noch vollständig umlagefinanziert. Das soll jetzt endgültig geändert werden.

Noch Fragen nach der Motivation der Kommissionsmitglieder? Die stellen ihr ganzes 80seitiges Werk unter dem Label „Sozialpolitik“ – geht’s noch zynischer?

Was die Herren und Damen Wissenschaftler und Politiker ausblenden:

Produktivitätsentwicklung findet bei ihnen nicht statt – Das Wort Produktivität kommt auf den 80 Seiten nicht ein einziges Mal vor. Obwohl es die entscheidende Größe ist (und war), um Verteilungsspielräume auszuloten.

Eine seit 2019 anhaltende Stagnation des Bruttoinlandsprodukts, die längste Wirtschaftskrise seit 1949, kommt nicht vor. Deshalb wird auch die eklatante Nachfrageschwäche nicht erwähnt. Die schädliche Wirkung von gewaltigen zusätzlichen Sparvolumina in allen drei Rentensäulen wird so auch völlig unproblematisch.

Was problematisch als Ausgangspunkt dargestellt wird, ist die wachsende Zahl von Rentenempfängern gegenüber weniger Beitragszahlern. Das Kostenproblem, das an keiner Stelle mit Daten hinterlegt wird, zwingt angeblich zum Handeln.

Und dann passiert das Absurde: Kosten spielen keine Rolle mehr (außer bei der Reduzierung von Rentenleistungen). Neben dem zunehmenden Versorgungsaufwand für die Alten mal eben 2% vom brutto zusätzlich abführen? Kein Problem! Dutzende Milliarden Euro Steuergelder zur Stützung des Renommees der gesetzlichen Kapitalrente (durch einen teuren „Übergangsfaktor“)? Kein Problem! Extensive Förderung zu erhöhten Sparanstrengungen der abhängig Beschäftigten und auch dazu milliardenschwere staatliche Fördergelder? Kein Problem!

Die vorgespielte Absicht, die Jungen nicht zu überlasten und ihnen eine sichere Rentenzukunft in 40 bis 50 Jahren zu bescheren, ist einfach nur lächerlich. In der

Jetzt-Zeit bröckelt der Putz von den Klassenräumen, das BAföG reicht hinten und vorne nicht und die Bildungsmisere in Deutschland wird regelmäßig durch internationale Institutionen bescheinigt. Handlungsdruck? Nicht feststellbar.

Was bleibt, ist die Erkenntnis, dass die Konter-Reformen wie sie von der Rentenkommission vorgeschlagen werden, den Geschäftsinteressen der Finanzkonzerne dienen. Jährlich garantierte Profite mit den Spargeldern, bei null Risiko. Es gibt keine Garantien. Wenn die Kapitalmärkte kriseln oder kollabieren, bleibt der Schaden allein bei den Einzahlern hängen.

Neben den Interessen der Finanzkonzerne kommt seit ein paar Jahren eine weitere Motivation hinzu. Die gewaltigen Mittel für die Aufrüstung. 5% vom Bruttoinlandsprodukt benötigt Finanzierungsquellen. Und da bieten sich Rentenfonds idealerweise an. Die Geschichte der beiden Weltkriege haben das zur Genüge gezeigt.

Die vorletzten passenden Schlussworte gebe ich deshalb anderen:

„Um nennenswerte Summen (für die Aufrüstung, R.H.) zu bekommen, wird man auch an das Rentensystem herangehen müssen“ (Moritz Schularick, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW), SPIEGEL 10.01.25)

und

“Sagen Sie Ihren Banken und Pensionsfonds, dass es inakzeptabel ist, wenn sie sich weigern, in die Verteidigungsindustrie zu investieren”. (Mark Rutte, NATO-Generalsekretär im Dezember 2024)

Mein Schlusswort lautet:

„Es rettet uns kein höheres Wesen, kein Gott kein Kaiser noch Tribun. Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun!“ (Die Internationale)

Oder kürzer:

„Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!“

Und noch kürzer:

Auf die Straßen!